



Garnet Alps/Johannes Katzan:
IG Metall-Angestelltenarbeit

Otto König/Richard Detje:
Das ThyssenKrupp-Drama

**Forum
Gewerkschaften**

Beiträge u.a. von

**Marion Fisch, Hajo Funke,
Thomas Kuczynski, Peter
Schadt, Thomas Jaitner,
Christoph Lieber, Joachim
Bischoff, Michael Wendl**

Engels zum 200. Geburtstag

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Die Niederlande im Strudel der Corona-Pandemie

Die Niederlande haben sich im Frühjahr in der Auseinandersetzung mit dem Infektionsgeschehen auf ein liberales Abwehr-Dispositiv verständigt. Monate später explodieren die Infektionszahlen.

Griechische Neonazi-Partei des Mordes schuldig

Der Prozess dauerte mehr als fünf Jahre. Jetzt hat ein Richterkollegium am Areopag, dem obersten Gericht Griechenlands, den Parteigründer der »Goldenen Morgenröte« Nikolaos Michaloliakos sowie 67 weitere Angeklagte wegen Mordes, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, gefährlicher Körperverletzung und unerlaubtem Waffenbesitz schuldig gesprochen.

Veränderte Prognose

Der IWF korrigierte seine Konjunkturprognose: Dank historisch beispielloser Konjunkturlösungen und Kreditunterstützung hätten die großen Volkswirtschaften die Folgen der Corona-Krise im zweiten Quartal besser bewältigt als zunächst eingeschätzt.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent*innen und
Leser*innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Katastrophen- und Krisenszenarien

Hajo Funke: Trumps Mobilmachung – Faschistoide Gefahr für die Demokratie?	2
Joachim Bischoff/Hasko Hüning: Lernfähiger Antipopulismus? Abschwellender Populismus und Radikalisierung am rechten Rand	10
Thomas Jaitner: Spanien am Abgrund	16

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Existenz der Stahlindustrie gefährdet Transformation zu »grünem Stahl« mit staatlicher Unterstützung	21
Peter Stahn: Kahlschlag bei Opel vorerst vom Tisch? Zur Zukunft der Autoindustrie in Hessen	25
Gerd Lobboda/Gerhard Richter: Wir trauern um Heinz Pfäfflin (1956-2020) ..	27
Garnet Alps/Johannes Katzan: Solidarität ist kein Projekt. Nachhaltige Organisations- und Mitgliederentwicklung im Angestelltenbereich der IG Metall	28
Peter Schadt: 200 Jahre Friedrich Engels – Argumente eines Kritikers	34

Friedrich Engels und die »Ironie der Geschichte«

Thomas Kuczynski: Engels' Altersbriefe im Lichte des Zusammenbruchs des »Realsozialismus«	38
--	----

Hegel und der Weltzustand

Christoph Lieber: Hegel – Zeitdiagnose oder »Dialektik einpauken«	43
--	----

Staatsschulden und die Verteilungsfrage

Michael Wendt: Müssen Staatsanleihen zurückgezahlt werden? Über Vorurteile und Mythen	52
Joachim Bischoff: Die Corona-Pandemie und die massive Neuverschuldung	57
Wolf von Matzenau: Das Gift der Ungleichheit (zu Dierk Hirschel)	63

Impressum | Veranstaltungen & Tipps | Film

Impressum	65
Veranstaltungen & Tipps	68
Marion Fisch: Enfant terrible (Filmkritik)	69

Supplement

Joachim Bischoff/Bernhard Müller Auf wessen Schultern? Die Corona-Pandemie befördert die soziale Ungleichheit	
--	--

Lernfähiger Antipopulismus?

Abschwellender Populismus und Radikalisierung am rechten Rand

von ■ Joachim Bischoff und Hasko Hüning

1.

In einem Interview mit den »Blättern für deutsche und internationale Politik«¹ wurde Jürgen Habermas gefragt, ob er die Einschätzung von Ralf Dahrendorf teile, dass wir in einer Zeitwende hin zu einem autoritären 21. Jahrhundert leben. Trotz vielfältiger Unordnung in der Welt könne er keine »einheitliche Tendenz zu einem neuen Autoritarismus erkennen«, argumentierte Habermas. Allerdings drücke sich in dem von Francis Fukuyama nach der Wende 1989/90 geprägten Slogan vom »Posthistoire« ein kurzsichtiger Triumphalismus westlicher Eliten aus, »die dem liberalen Glauben an eine prästabilisierende Harmonie von Marktwirtschaft und Demokratie anhängen. Diese beiden Elemente prägen die Dynamik der gesellschaftlichen Modernisierung, verbinden sich aber mit funktionalen Imperativen, die immer wieder in Konflikte geraten. Der Ausgleich zwischen kapitalistischem Wachstum und einer auch nur halbwegs als sozial gerecht akzeptierten Teilhabe der Bevölkerung am durchschnittlichen Wachstum hochproduktiver Wirtschaften konnte nur durch einen demokratischen Staat herbeigeführt werden,

der diesen Namen verdient. Eine solche Balance, die erst den Namen »kapitalistische Demokratie« rechtfertigt, war aber, historisch gesehen, eher die Ausnahme als die Regel.«

So könne er auch eher nur verschiedenste strukturelle Ursachen und eine Vielzahl an Zufällen erkennen. Es gebe kein Muster einer autoritären Internationale, »sondern die Erschütterung der politischen Stabilität unserer westlichen Länder insgesamt«. Deren verbindendes Element sei »die Klaviatur des Nationalismus«. Um den Kampf gegen soziale Ungleichheit offensiv zu führen und zu einer koordinierten Zählung der unregulierten Märkte zu kommen, biete sich für die EU als Ausweg »nur eine supranationale Zusammenarbeit an, die das Ziel einer sozialverträglichen politischen Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung verfolgt. Dafür reichen internationale Vertragsregime nicht aus; denn ganz abgesehen von deren zweifelhafter demokratischer Legitimation können politische Entscheidungen über verteilungsrelevante Fragen nur in einem festen institutionellen Rahmen implementiert werden. Daher bleibt nur der steinige Weg einer institutionellen Vertiefung und Verankerung ei-



ner demokratisch legitimierten Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg. Die Europäische Union war einmal ein solches Projekt und die Politische Euro-Union könnte es immer noch sein. Aber dafür sind die Hürden der innenpolitischen Willensbildung eben sehr hoch.« (ebd.)

2.

Für eine dieser Hürden steht in der Bundesrepublik der politisch durch die »Alternative für Deutschland« (AfD) getragene Rechtspopulismus. Im Kampf um die »Mitte« glaubten die Parteien bis hin zur Sozialdemokratie Mehrheiten für sich nur auf dem Weg der systemkonformen Anpassung an den neoliberalen Kurs erreichen zu können – mit dem Ergebnis, dass das ökonomisch-soziale und kulturelle »Abhängen« größerer Bevölkerungsteile und Milieus sich mittlerweile nach rechtsaußen entladen hat. Das Populismus-Barometer 2020 könnte auf den ersten Blick als Entwarnung interpretiert werden.² Festgestellt haben die Autoren gegenüber den Vorjahren eine Trendwende im Meinungsklima, denn vor allem in der politischen Mitte seien die populistischen Einstellungen stark rückläufig. Die »Mitte« habe sich »in der Auseinandersetzung mit der populistischen Versuchung als lernfähig, aktiv und zunehmend resistent«³ erwiesen. Die seit 2018 zu beobachtende verbesserte und inklusivere Regierungsarbeit belege die Lernfähigkeit des demokratischen Antipopulismus. »Die Rückkehr des Vertrauens ... in gutes, verlässliches und inklusives Regierungshandeln hat auch die Populisten noch stärker in die Defensive gebracht«,⁴ eine demokratische Gegenmobilisierung sei gelungen.

»Die Corona-Krise hat die Trendwende im politischen Meinungsklima in Deutschland zwar stabilisiert und leicht verstärkt.« Aber sie habe die Tendenz zum Autoritarismus weder ausgelöst, noch sei sie ihr alleiniger Treiber gewesen. Die Trendwende sei bereits deutlich vor Beginn der Krise geschafft gewesen. »Treiber war dabei zum einen die nach 2018 deutlich verbesserte und inklusivere Regierungsarbeit. Zum anderen zeigen die Lerneffekte des demokratischen Antipopulismus in der Auseinandersetzung mit den Populisten erste Wirkung.«

Diese starken Thesen könnten mit Blick auf die vorher festgestellte Tendenz zur »Rückkehr des Staates« und einem wachsenden Hang zum Autoritarismus zumindest in der Berliner Republik die Befürchtungen von einer untergründigen Erosion der demokratischen Willensbildung verringern, wenn nicht auflösen. Verbesserte Regierungsarbeit habe nach 2018 einen positiven Trend gesetzt, der durch das staatliche Agieren in der Corona-Pandemie verstärkt worden sei. Beides führe zu einer Rückkehr des Staates, resp. der Anerkennung staatlicher Gewalt und Legitimation. Was konkret unter einer verbesserten Regierungsarbeit zu verstehen ist, bleibt das Geheimnis der Autoren.

Die Ankündigung einer ganzen Reihe außerordentlicher staatlicher Maßnahmen, die Schließung von Schulen und öffentlichen Plätzen sowie generell massive Einschränkungen der Wirtschafts- und der persönlichen Bewegungsfreiheit, sollen dem rechten Populismus die gesellschaftliche Grundlage entzogen haben. Zugespitzt: Nach mehreren Jahrzehnten einer neoliberalen Praxis, welche die Rolle des Staates auf die Festlegung von Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Handeln reduziert, wurde das Monopol der Staatsgewalt im Zusammen-

hang der Pandemie und des Infektionsgeschehens laufend betont. Zugestanden: Die Akzeptanz für diese massiven staatlichen Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürger*innen ist insgesamt groß. Allerdings protestiert eine Minderheit gegen Machtmissbrauch durch Regierungen oder lokale politische Behörden. Es ist eine kleine Minderheit mit einem Sammelsurium von Motiven: Die Demonstrationen dieser Minderheit sind Symptome des Widerstands gegen staatliches Handeln. Wie der Soziologe und Protestforscher Dieter Rucht konstatiert: »Das Selbstbewusstsein, zum Widerstand gegen ›die da oben‹ zu gehören, beschränkt sich nicht mehr nur auf Rechtsextreme ... (Die Bewegung) wird vermutlich weiter wachsen, aber das ist pure Spekulation.« (dpa, 30.8.2020) Überrascht habe ihn die Welle des Hasses gegen die Polizei, die sich trotz punktuellen Einsatzes von Gewalt ruhig und besonnen verhalten habe. Allerdings war die »Polizei ... im Grunde nicht in der Lage, das Einhalten der Auflagen zu kontrollieren«.

Die Bundesrepublik Deutschland wird wie viele andere Nationen noch länger mit der Pandemie und dem Infektionsgeschehen auskommen müssen. Insofern muss damit gerechnet werden, dass die Selbstdisziplin und die Legitimation des staatlichen Handelns in Teilen der Bevölkerung nachlässt. Gleichwohl dürfte die Ausweitung staatlicher Kontrollen bei Abstand, Hygiene, Mundschutz und gegebenenfalls häuslicher Quarantäne wenig Effekte haben, zugleich jedoch Widerstand dagegen befördern.

Wie wird dieser Widerspruch in der Studie vom Rückgang des Populismus verarbeitet? Die angebotene Definition von Populismus zielt auf ein bestimmtes Verständnis von Politik und Demokratie, ihrer Normen, Institutionen und Funktionsweisen. Sie trifft vornehmlich die Unterscheidung zwischen einem »wahren Volk« und den »korrupten Eliten« und den Formen ihres Umgangs miteinander. Dem unterliegt die Idee eines allgemeinen Volkswillens und von gesellschaftlicher Homogenität. Es ergeben sich drei als konstituierend verstandene Dimensionen von Populismus: »Anti-Establishment«, »Pro-Volkssouveränität« und »Anti-Pluralismus«, für die acht verschiedene Items angeführt werden. Auffällig ist, dass keines der Items eine irgendwie geartete sozial-ökonomische Dimension aufweist.

Aktuell sind gemäß Populismus-Barometer nur noch etwa zwei von zehn Wahlberechtigten in Deutschland (20,9%) populistisch eingestellt. Das sind 11,8% oder etwas mehr als ein Drittel weniger als im November 2018 (32,8%). Oder anders formuliert: Zeigte sich Ende 2018 noch jeder dritte Wähler populistisch eingestellt, ist es derzeit nur noch jeder fünfte.

Die politisch organisierte Rechte ist im politischen Feld der Bundesrepublik eine Minderheit. Allerdings ist es fahrlässig

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von *Sozialismus.de*. *Hasko Hüning* ist Mitarbeiter in den Sozialistischen Studiengruppen (SOST).

¹ Jürgen Habermas, Wie man dem Rechtspopulismus den Boden entzieht, Interview in »Blätter für deutsche und internationale Politik«, Heft 11/2016.

² Bertelsmannstiftung (Hrsg.), Populismusbarometer 2020, Gütersloh. Im Auftrag der Stiftung wurden dafür von YouGov Deutschland im Juni 2020 mehr als 10.000 wahlberechtigte Deutsche repräsentativ befragt. Seit März 2017 ist das bereits die fünfte Datenerhebung im Rahmen des Populismusbarometers. Als populistisch eingestellt gelten Befragte, die sich gleichzeitig zu acht typisch populistischen Einstellungen in den drei Dimensionen »Anti-Establishment«, »Pro-Volkssouveränität« und »Anti-Pluralismus« bekennen.

³ Ebd., S. 10.

⁴ Ebd., S. 8.

davon auszugehen, dass dies so bleiben wird, wenn die gesellschaftlichen Herausforderungen in den kommenden Monaten zunehmen. Bloße Appelle an die Teilnehmer*innen der Demonstrationen werden ein weiteres Anwachsen der Bewegung nicht verhindern, da rationale Argumente oft abprallen. Die Autoren der Studie haben für die AfD eine zunehmende Dominanz rechtsextremer Einstellungen herausgefunden. »Eine deutliche Mehrheit (56%) aller AfD-Wähler ist entweder latent rechtsextrem (27%) oder sogar manifest rechtsextrem (29%) eingestellt. Gleichzeitig sind 73% aller AfD-Wähler entweder klar populistisch (38%) oder zumindest teils/teils populistisch (35%) eingestellt ... Fast neun von zehn AfD-Wählern (87%) vertreten also entweder sehr deutlich oder zumindest latent populistische und/oder rechtsextreme Einstellungen.«⁵

Es stellt sich die Frage, ob die o. g. demokratische Selbstkorrektur des Antipopulismus auch Wirkung zeigt und wie weit sie geht? Zumindest teilweise sehen die Autoren diese Selbstkorrektur. Klar ist, die »populistische Versuchung« bleibt auch in der Bundesrepublik latent. Denn der abschwellende Populismus der Mitte habe zwar das Mobilisierungspotenzial des Rechtspopulismus verringert und hinterlasse eine zunehmend rechtsextrem eingestellte AfD, »doch aus der rechtspopulistischen Mobilisierungsbewegung der Jahre 2017/18 wird eine zunehmend von rechtsextremen Einstellungen geprägte Wählerpartei«.⁶

Dies ist ein Hinweis darauf, dass es sinnvoll ist, zwischen den verbreiteten rechtspopulistischen Stimmungen in der Bevölkerung und der rechtspopulistischen Politik zu unterscheiden. Die in den rechtspopulistischen Bewegungen verbreitete Auflehnung gegen die Verwüstungen der neoliberalen Finanzialisierung muss nicht identisch sein mit der Substanz der national-völkischen Orientierung rechtspopulistischer Parteien, nämlich der Vorstellung der Ungleichwertigkeit der Menschen, der Ausrichtung von Politik an einer national-völkischen und/oder einer religiös homogenen Gesellschaft und der letztlichen Akzeptanz von Gewalt als legitimes Mittel politischen Handelns.⁷

3.

Das Populismusbarometer 2020 beleuchtet u.a. etwas detaillierter drei Aspekte, die verdienen, hier genauer betrachtet zu werden: zum einen »Populisten als autoritäre Demokraten« (1), »Populisten als chauvinistisch eingestellte Europäer« (2) und die populistische Forderung nach »direkter Demokratie« (3).

Die Studie transportiert zunächst das Selbstverständnis von Populisten und letztlich auch von rechtspopulistischen Parteien nicht als Feinde, sondern als vom Funktionieren der Demokratie enttäuschte Demokraten, die nur sehr unzureichend den Normen und Prinzipien einer liberal-repräsentativen Demokratie anhängen. Befragt, äußern sie zwar formal hohe Zustimmungswerte zum parlamentarisch-demokratischen System, zugleich zeigen sie »die für Populisten typische Verachtung demokratischer Kompromisse, ihren Antipluralismus und ihre häufig offene und aggressive Ausgrenzung von Minderheiten sowie ihren mangelnden Respekt vor demokratischen Institutionen und Verfahren ... Sie sind also, sofern das begrifflich und sinnimmanent nicht ohnehin ein nicht auflösbarer Widerspruch ist, eher illiberale, autoritäre Demokraten, die ihre autoritären Einstellungen und ihre Ablehnung zentraler Normen und Institu-

tionen der Demokratie vordergründig hinter einer vermeintlichen Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie verbergen.«⁸

Das autoritäre Missverstehen der liberalen Demokratie findet laut Barometer 2020 seine Fortsetzung in der Art und Weise der Zustimmung zur europäischen Integration und zum erreichten Integrationsniveau. Auch hier zeige sich schon im Vorverständnis ein hohes Maß (fast jeder Vierte unter den Populisten) an chauvinistischer, also auf homogen-nationale Geltung und Machtdurchsetzung fixierter Einstellung. Unter den Populisten gibt es einerseits bei der Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU eine Mehrheit (55%), andererseits sind 75% der Populisten der Meinung, dass die europäische Integration zu weit gegangen sei, denn sie haben als europäische Zielbestimmung ein ganz anderes, nationalistischeres Europa vor Augen, was »ihre immerhin mehrheitliche Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU so brüchig macht«,⁹ wie die Autoren urteilen.

Mit dieser Kommentierung stellt sich – z.B. bezogen auf die EU – ganz offensichtlich die Frage nach der Möglichkeit transnationaler Demokratie, die Frage also, ob und wie die Handhabung von Strukturen und Verfahren der parlamentarischen Demokratie jenseits des Nationalstaats überhaupt möglich ist. Ein in diesem Sinne demokratisch legitimes Regieren ohne ein europäisches Staatsvolk, das über ein Minimum an kollektiver Identität verfügt und die Ausübung von Herrschaft über repräsentative Wahlen und Abstimmungen legitimieren könnte, eine solche Möglichkeit wird von rechtspopulistischen Positionierungen weitgehend ausgeschlossen. Demnach ist es andererseits nicht überraschend, dass die Studie zu dem Ergebnis kommt, dass nach wie vor für »populistisch eingestellte Wähler die Forderung nach direkter Demokratie zu ihrem Standardrepertoire gehört«,¹⁰ da sie antipluralistisch gesinnt an die Einheitlichkeit eines vermeintlichen Volkswillens glauben und somit die Suche nach politischen Kompromissen ablehnen. Die Forderung nach direkter Demokratie wird zu einem Mobilisierungsinstrument gegen die etablierten Parteien und parlamentarischen Institutionen und die direkte Wahl zu »einem Instrument zur Feststellung und Bestätigung des vermeintlich homogenen Volkswillens gegenüber den herrschenden Eliten« (ebd.).

Die Legitimität der demokratischen Ordnung beruht nicht zuletzt darauf, dass der Staat zwar reguliert, überwacht und bestraft, gleichzeitig aber auch begleitet, ausgleicht und schützt. Zusätzlich zur Bewältigung der Gesundheitskrise haben die europäischen Regierungen rasch wirtschaftliche und soziale Maßnahmen ergriffen, die weit über das nicht interventionistische, liberale Credo hinausgehen. Wachsende soziale Ungleichheiten hatten dieses Credo schon zuvor ausgehöhlt, die Krise stellt es nun aber erst recht infrage. Man hat die Lehren aus früheren Krisen, etwa der Großen Depression der 1930er Jahre, gezogen und mit Sofortmaßnahmen versucht, die unmittelbare Gefahr von Massenarbeitslosigkeit und Elend zu bannen – und damit eine akute Gefährdung des sozialen und politischen Gleichgewichts zu verhindern.

Maßnahmen wie Entschädigungen für Kurzarbeit, Ausgleichszahlungen für Selbständige usw. erinnerten Bürger*innen und Politiker*innen jeglicher Couleur an die zentrale Bedeutung des Sozialstaats. Dessen Schwerfälligkeit und die steigenden Kos-

ten wurden zuvor zwar stark kritisiert, für den sozialen Zusammenhalt und die Stabilität der Institutionen ist er aber gerade in solchen Ausnahmesituationen unerlässlich. Profitiert haben somit auch die Unternehmen, also genau diejenigen, die sich staatlichen Interventionen in der Regel widersetzen. Selbst in einem so liberalen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland haben Unternehmen zinslose Darlehen erhalten, ohne dass jemand dagegen protestiert hätte. Das ordoliberaler Credo wurde geradezu weggefeßt. Milliarden schwere Programme sollen Unternehmen helfen, Arbeitsplätze zu erhalten.

Die Pandemie hat hinsichtlich der staatlichen Reaktionen auch widersprüchliche Reflexe ausgelöst. Die Staaten »verteidigten« ihr Territorium und ihre Bevölkerung gegen das neuartige Virus durch Schließung der Grenzen und Verstärkung der Grenzkontrollen. Rasch aber kam es auch zum internationalen Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse und politischer Interventionsmodelle. Auch die europäische Zusammenarbeit, die zunächst von den nationalstaatlichen Eingriffen überrumpelt worden war, ging schließlich gestärkt aus der Pandemie hervor. Die EU-Kommission beschloss, die Impfstoff-Forschung kollektiv zu finanzieren und einem ungesunden nationalen Wettbewerb ein Ende zu setzen. Auch der europäische Aufbaufonds stärkt letztlich die Legitimität der EU. Die Möglichkeit der Kreditaufnahme gibt der Union neue Handlungsmöglichkeiten und könnte der Anstoß zu einer neuen, gemeinsamen Industriepolitik sein, die auch den ökologischen Wandel vorantreibt.

Markiert die Corona-Pandemie somit den Wendepunkt für eine neue Ära? Kommt es zu einer Rückkehr des Staates und der

internationalen Zusammenarbeit, wie es nach den beiden Weltkriegen und der Großen Depression der Fall war?

4.

Es ist kaum zu bestreiten, dass die Legitimität der europäischen Integration sich bei allen Widersprüchen auf Funktionalität gründet, d.h. sie ist durch ihre Fähigkeit gerechtfertigt, Probleme zu lösen, die die Grenzen des jeweiligen Nationalstaates sprengen. Aus diesem Kontext entwickeln sich Warnungen: Die Debatte über das europäische Defizit sollte nicht mit übertriebenen Demokratieansprüchen und -erwartungen belastet werden. In diesem Zusammenhang verweist Michael Th. Greven »auf den Unterschied zwischen inputorientierten und outputorientierten Demokratiekonzeptionen. Die eher optimistische Position fragt zumeist nur danach, »ob die Menschen mit den für sie wahrnehmbaren Politikergebnissen zufrieden sind und sie akzeptieren«. Die Legitimation von Regimen werde damit lediglich nach ihrer Leistung in als wichtig erachteten Politikfeldern bestimmt. Da Demokratie jedoch in erster Linie die unmittelbare Teilnahme der Bürger an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung bedeute, werde durch die outputbezogene Sichtweise die Legitimation von der demokra-

⁵ Ebd., S. 12.

⁶ Ebd., S. 15.

⁷ Vgl. Wilhelm Heitmeyer/Manuela Freiheit/Peter Sitzer, Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II, Berlin 2020.

⁸ Populismus-Barometer 2020, S. 35

⁹ Ebd., S. 40.

¹⁰ Ebd., S. 60.

»Jung bleiben heißt jW zu lesen, um das politische Klima dieser unserer Welt zu verstehen.«
Täve Schur, DDR-Radsportlegende

Unverzichtbar!
Jetzt *junge Welt* stärken.

junge Welt abonnieren: | Genossenschaftsmitglied werden:
www.jungewelt.de/abo | www.jungewelt.de/lpg

tischen Partizipation entkoppelt. Die europäische Union als demokratisches System setze die Existenz eines europäischen Demos, einer transnationalen Bürgerschaft voraus, die über ein Mindestmaß an kollektiver Identität verfügen müsse. Davon könne aber angesichts der kulturellen und sozialen Unterschiede zwischen den Mitgliedsgesellschaften und wegen des Fehlens einer europäischen Öffentlichkeit ... keine Rede sein.«¹¹

5.

Vier Jahre nach seinem oben erwähnten Blätter-Interview und 30 Jahre nach dem innerdeutschen Vereinigungsprozess nimmt Habermas abermals zu dem damaligen Ausgangspunkt Stellung, indem er die zentrale Basis identitärer Politik thematisiert, nämlich die »globale Ausbreitung des siegreichen Kapitalismus«, die heute nun »die überraschende Wiederbelebung des europäischen Einigungsprozesses« provoziert und die deutsche Bundesregierung zwingt, sich der »liegendebliebenen historischen Aufgabe der politischen Gestaltung der europäischen Zukunft« zuzuwenden. Denn auch »innenpolitisch haben sich die Relevanzen entscheidend verändert – und zwar vor allem durch die Verschiebung der parteipolitischen Machtbalancen infolge des Aufstiegs der AfD«.¹² Ausgangspunkt war bei Habermas die These, dass beim politischen Umgang mit dem Rechtspopulismus von Beginn an eine falsche Richtung eingeschlagen wurde. »Der Fehler der etablierten Parteien besteht darin, die [identitäre – d.Verf.] Front anzuerkennen, die der Rechtspopulismus definiert: ›Wir‹ gegen das System.« Nur wenn dieser Konnex aufgebrochen werde, könne den Rechtspopulisten das Wasser abgegraben werden. Es müsse eine andere Frontlinie aufgemacht werden, und zwar durch die Thematisierung des eigentlichen Problems: »Wie erlangen wir gegenüber den zerstörerischen Kräften einer entfesselten kapitalistischen Globalisierung wieder die politische Handlungsmacht zurück?« Jahrelang habe die Bundesregierung Europapolitik aus der engen Perspektive eines wirtschaftlichen Nationalegoismus betrieben und das Politikfeld Europa nur nationalstaatlich gedacht: »Merkels kurzfristig am Status quo festhaltende Austeritätspolitik hat bisher notwendige Schritte nach vorn verhindert und die Spaltungen innerhalb Europas massiv vertieft.« (ebd.)

Der nun kürzlich auf Betreiben Deutschlands und Frankreichs gefasste Entschluss zur gemeinsamen europäischen Schuldenaufnahme zur Bewältigung der Pandemie könnte – so erwartet Habermas – »den seit Maastricht ersten wirklich bedeutenden Integrationsschub einleiten«. Diesen Sinneswandel der Bundeskanzlerin führt Habermas auf einen von der AfD bei ihrer Ablehnung der europäischen Einigung »ins Völkische verschobenen Konflikt« zurück, der »entlang von Parteipräferenzen verläuft« und heute offenbar »tiefer liegende Verschiebungen in den politischen Mentalitäten der Bevölkerung« spiegelt, den die Berliner Politik auf diesem ins Völkische verschobene Feld nicht annimmt und nicht austrägt.¹³

6.

Folgt man der »Globalisierungsverliererthese« und geht davon aus, dass der (Rechts-)Populismus eine Antwort auf die sozio-ökonomischen Versäumnisse (Verteilungs- und Anerkennungsgerechtigkeit) der letzten vier Jahrzehnte ist, so stel-



16.5.2020, »Hygiene«-Demonstration, München (dpa)

len Eliten- und Demokratiekritik Proteste dar gegen »das, was ist«, und verweisen auf »Herrschaftskonflikte«. Denn ein »doppelter Liberalismus« von kultureller und ökonomischer Herkunft sei zur dominanten gesellschaftlichen Ideologie aufgestiegen und erfahre nun als identitäre Gegenbewegung eine »Koalition der Deklassierten« (Koppetsch) bzw. derjenigen aus der Mitte der Gesellschaft, die sich dafür halten und Sicherheit, Gemeinschaft und Bindung einklagen, also statt der »liberalen Weltoffenheit der linken dem ethnonationalen Mief der rechten Globalisierungskritik«¹⁴ zuneigen. »Die einst gegenkulturell formulierten Ideale wie Autonomie, Emanzipation, Eigenverantwortung, Freiheit, Kreativität sind vom kapitalistischen Mainstream vereinnahmt worden. Sie enthalten kein Widerstandspotenzial mehr ... Das, was heute knapp und kostbar erscheint, ist nicht mehr die Freiheit, sondern die Bindung, Sicherheit.«¹⁵

Die Autoren der Populismus-Studie hatten Ende 2018 vor dem weiter anschwellenden Populismus gewarnt. Die populistische Aufladung des politischen Meinungsklimas hatte ihren Höhepunkt erreicht. Das Argument damals: »Populismus ist in Demokratien immer ein Symptom. Er ist nie ohne Grund erfolgreich.«¹⁶ Erfolgreicher Antipopulismus müsse also neue Lösungen finden, Brücken schlagen, neu entstandene Konfliktlinien überwinden, Repräsentationslücken schließen, Identitätspolitiken transformieren und Responsivitätsdefizite verringern.

Jetzt konstatieren die Autoren einen begrenzten Erfolg: »Das inklusivere Regieren und sozial responsivere Regierungshandeln seit Überwindung der Regierungskrisen 2017/18 zeigt Wirkung. Die restriktive Migrationspolitik der Großen Koalition hat die Mobilisierungskraft der Migrations- und Flüchtlingsfrage geschwächt. Die Große Koalition arbeitet seit Anfang 2019 besser als ihr bis dahin zu Recht schlechter Ruf. Sozioökonomische Fragen rücken stärker in den Vordergrund. Ein bislang bei vielen Menschen anerkanntes Krisenmanagement in der Coronapandemie hat das verstärkt.«

Wir bleiben gegenüber dieser Interpretation skeptisch. Die Proteste einer aktiven Minderheit von Verweigerern der staatlichen Corona-Maßnahmen finden sich leider noch immer und treten immer häufiger und überall zutage. Viele Menschen haben sich populistischen Bewegungen mit ganz unterschiedlichen politischen Erscheinungs- und Ausdrucksformen angeschlos-

sen und folgen ihrem Versprechen, sie vor einer Staatsmaschinerie zu schützen, die vorgeblich ihre Energie, ihre Fähigkeiten und ihre Zeit verbraucht, soziale Bindungen einzugehen und ein gemeinsames Leben zu bauen, das sie für gut und menschenwürdig halten. Im politischen Alltag drängt sich die Annahme auf, dass z.B. die bei weiten Bevölkerungskreisen anzutreffende Furcht vor Immigration die im finanzialisierten Kapitalismus nicht ganz unbegründete Angst davor ausdrückt, dass die Vorgänge des gesellschaftlichen Zusammenlebens dauerhaft außer Kontrolle geraten sind und sozialer Schutz eingefordert wird. Die politische Kunst wird darin bestehen, diese Menschen davon zu überzeugen, dass die Kräfte, die als Lösung Fremdenhass und völkischen Nationalismus anbieten, sie eben nicht mit den wesentlichen materiellen Voraussetzungen eines guten (Zusammen-)Lebens versorgen können und werden. Ein langer und schwieriger Weg.

Daher erscheint es uns voreilig, von den Ergebnissen dieser Studie auf einen abschwellenden Populismus in der Mitte und einen Rückgang des Mobilisierungspotenzials des Rechtspopulismus zu schließen: »Aus der rechtspopulistischen Mobilisierungsbewegung der Jahre 2017/18 wird eine zunehmend von rechtsextremen Einstellungen geprägte Wählerpartei. Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist vorerst gebrochen. Vieles deutet auf eine Trendumkehr hin.«

Der US-amerikanische Präsident Donald Trump hat mit seiner zum zentralen ökonomischen Programm erhobenen Handelspolitik unter dem Label »America first« eine autoritäre internationalistische Form des Wirtschaftsliberalismus stark gemacht, die von den USA in traditionelleren Bahnen schon in den 1980er Jahren eingeleitet wurde. Und er hat dem Land heute nach innen mit seiner Kritik an den sogenannten linken/sozialistischen Eliten in Politik und Medien und nach außen mit der Orientierung »Wir gegen die anderen« (China, Europa) eine primär identitätspolitische Agenda gegeben, deren geopolitische Ausrichtung, wenn nicht mit gleicher Aggressivität, aber dennoch parteiübergreifend in weiten Bevölkerungsteilen geteilt wird. Die Handelspolitik à la Trump als Werkzeug imperialer Herrschaft und nackter Gewaltpolitik mit ihren desaströsen Rückwirkungen auf die innergesellschaftliche Reichtums- und Einkommensverteilung ist in den USA inzwischen zu einem politischen Zankapfel geworden und löst Konflikte zwischen den sozial-kulturellen Werten des Landes und seinen repräsentativen Institutionen aus.

Zu Recht moniert der amerikanische Schriftsteller Richard Ford¹⁷ eine »entwaffnende Stille« und eine »frostige Wartezeit« in den USA, indem die politischen Angelegenheiten einem »präfaschistischen Autoritarismus« überlassen werden, der die Fähigkeiten der Bürger*innen beschränkt, eine aktive Rolle als gemeinsame Autoren ihrer politischen Agenda einzunehmen. Ford konstatiert: »Viele von uns glauben, jetzt stünde der Autoritarismus vor den Toren unserer ziemlich verletzlichen amerikanischen Demokratie, die sich dehnen und biegen kann, aber in ihrer Geschmeidigkeit ... kann es auch passieren, dass sie die ungebetene Bestie herein bittet ... Der Autoritarismus nämlich, die Pseudoideologie, innerhalb deren alle Macht und Intelligenz und alles öffentliche Tun von »oben« auf die »bloßen Bürger« niedergehen – meistens von irgendeinem messianischen

Macho, der den Despoten gibt –, der Autoritarismus will jegliche Unzufriedenheit, wie sie jeder normale Mensch empfindet, umdeuten und unterdrücken und auf diese Weise beheben.«

Donald Trump »ist natürlich in Wahrheit nur ein weiteres abstruses Symptom der tieferen amerikanischen Malaise, die angetrieben wird von Wut, Frustration, Enttäuschung, Angst, einer Geschichte der Gewalt, immer wieder spürbarer Ohnmacht und auch Abneigung gegenüber dem, was jetzt als typisch amerikanisch gilt und was wir alle zu verantworten haben ... Wir warten darauf herauszufinden, wie wir all das handhaben sollen, was wir und unser Land nicht länger ignorieren können.«

Das US-amerikanische Beispiel demonstriert: Das gegenwärtige Regime des globalisierten Kapitalismus ist äußerst instabil, seine politischen Grundlagen haben eine unübersehbare inhärente Tendenz hin zu einem institutionalisierten Autoritarismus; dies sowohl auf der staatlich-territorialen wie auch auf der geopolitischen Ebene, die nur schwer erkennen lassen, wie die politisch-hegemoniale Krise neoliberaler Politik, die durch Brexit, Trump etc. angezeigt wird, eingefangen werden kann. Dieses Regime wird häufig in Anlehnung an Gramscis Beschreibung einer früheren »Autoritätskrise« als eine instabile Zwischenperiode bezeichnet, in der das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann. Dieses sogenannte Interregnum ließe sich aber auch mit dem Marxschen Diktum charakterisieren, dass »die alte Gesellschaft mit einer neuen schwanger geht«. Ein solcher Blick wäre weniger fatalistisch, würde die Möglichkeit eröffnen, Kritik produktiv zu wenden, Lernprozesse in Gang zu setzen und nach einer gegenhegemonialen Allianz Ausschau zu halten.

Demokratische Regierungen und Administrationen müssen – wie Vertreter*innen der Bewegung »Fridays for future« zu Recht fordern – die Wirtschaftshilfen als Hebel nutzen, um den ökologischen Umbau voranzutreiben und die Defizite in den nationalen Ökonomien (fragwürdige internationale Lieferketten, Abhängigkeit vom Weltmarkt bei der Medikamentenbeschaffung usw.) endlich stärker zu kontrollieren. Essenziell bleibt allerdings, dass langfristig auch der gesellschaftliche Gesamtproduktionsprozess und die soziale Sicherheit nicht leiden. Während der Covid-19-Krise wurden vielerorts Bestimmungen zur Arbeitszeit ausgesetzt, was einem Trend zur sozialen Deregulierung und zum Rückzug des Staates aus dem Arbeitsrecht gleichkommt. Die mit öffentlichen Geldern finanzierte wirtschaftliche Erholung muss aber für alle zu mehr Wohlstand führen. Der Staat muss in der Lage sein, alle seine Bürger*innen gleich zu schützen, sonst könnte seine Legitimität schmelzen wie der Märzschnee in der Sonne.

¹¹ Zit. nach Richard Stöss, Die linken Parteien unter Globalisierungsdruck, in: Carsten Koschmieder (Hrsg.): Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen. Aktuelle Beiträge der Parteienforschung. Wiesbaden 2017, S. 155-178.

¹² Jürgen Habermas, 30 Jahre danach: Die zweite Chance, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2020, S. 41.

¹³ Ebd.

¹⁴ Habermas 2016, a.a.O.

¹⁵ Cornelia Koppetsch, »Freiheit ist kapitalistischer Mainstream«, Interview in SZ Magazin Nr. 32 vom 7.8.2015.

¹⁶ Bertelsmannstiftung (Hrsg.), Populismus-Barometer 2018, Oktober 2018.

¹⁷ Richard Ford, Gefahr liegt in der Luft, in: FAZ vom 14.10.2020, S. 11. Vgl. dazu auch den Beitrag von Hajo Funke in diesem Heft, S. 2ff.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

